

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schick, Hoflieferant, Gr. Gerberstr. u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen

R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. F. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratenteil: W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 390

Freitag, 7. Juni.

1895

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. [Graf Udo Stolberg und sein Antrag.] Graf Udo Stolberg hat durch sein Bekenntnis zum Antrag Rantz dem Bunde der Landwirthe nicht helfen können, aber er will wenigstens zeigen, daß sein Herz warm für die Agrarier schlägt. Im Herrenhause hat der Graf, wie gemeldet, beantragt, die Regierung möge die Generalkommissionen für die östlichen Provinzen in gemischte Anstiebelungskommissionen verwandeln. Laienmitglieder, die von den Landwirtschaftskammern zu wählen sind, sollen den Generalkommissionen beigegeben werden. Ferner wird verlangt, daß die neuzugrundenden Rentengüter, abgesehen von besonderen Ausnahmen, nicht getheilt oder verkauft und nicht mit neuen hypothekarischen Lasten beschwert werden dürfen. Mit anderen Worten: Der Großgrundbesitz will bei der Bildung von Rentengütern die Hand bis zuletzt im Spiel haben. Er will sich nicht damit begnügen, Flächen zur Auftheilung bereitzustellen und möglichst hohe Preise dafür zu fordern, sondern die Generalkommissionen sollen durch die „Laienmitglieder“ auch davon überzeugt werden, daß gerade so, wie es die Herren wünschen, parzelliert und bezahlt werden muß. Damit aber die Rentengüter die Lust an der Bewirthschaftung ihrer etwa zu theuer erstandenen kleinen Besitzungen nicht verlieren oder, wenn sie sie doch verlieren, an die Scholle gebunden bleiben, soll eine Zwangs-Höfrolle, ein neues Hintersassenrecht, eingeführt werden. Das Herrenhaus wird den Antrag des Grafen Udo Stolberg natürlich mit Begeisterung annehmen; so wenig Vertrauen man sonst in die Widerstandskraft der Staatsregierung gegen das Agrarierthum zu haben braucht, so wird in diesem Falle nicht zu bezweifeln sein, daß das jüngste feste Begehren des Bundes der Landwirthe achselzuckend abgethan werden wird. Die Unklugheit der Forderung beruht nicht zuletzt darin, daß der Regierung zugemuthet wird, wichtige autoritative Rechte unter die Kontrolle agrarischer Kämpfer zu stellen. In solchen Dingen versteht die Bureaucratie keinen Spaß.

Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde Donnerstag Vormittag im Stadtparksaale in Cassel vom Vorsitzenden, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin eröffnet, welcher die Leitung der Verhandlungen an den Vizepräsidenten, Geheimrath Simon, abgab. Es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher es als wünschenswerth bezeichnet wird, daß besondere deutsche Kolonial-Briefmarken ausgegeben werden. Ferner wurde beschlossen, dem Präsidium anheimzugeben, zur geeigneten Zeit die erforderlichen Schritte bei dem Reichskanzler zu thun in Betreff des Erwerbs von Flottenstationen in fremden Gewässern, sowie in Betreff des Erwerbs um verlebte Mitteltheile des Auslands-Materials über Auswanderung und Kolonisation an die Abtheilungen der Deutschen Kolonial-Gesellschaft. Endlich soll der Reichskanzler ersucht werden, dem Reichstag ein Auswanderer-Gesetz vorzulegen mit der Bestimmung, daß eine staatliche Informations-Abtheilung geschaffen werde. Als Ort der nächsten jährlichen Hauptversammlung wurde Berlin gewählt. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin schloß die Sitzung um 3 Uhr Nachmittags mit Worten des Dankes.

Der Polizeipräsident von Berlin, Frhr. v. Richthofen, ist, wie gemeldet, Donnerstag früh 4 Uhr in der medizinischen Klinik zu Bonn gestorben. Bereits Mittwoch Mittag war der Zustand des Herrn sehr bedenklich, daß das Berliner Polizeipräsidium telegraphisch von dem hoffnungslosen Zustande seines Chefs verständigt werden mußte. Bernhard Freiherr v. Richthofen, geboren am 8. Juni 1836, trat im Jahre 1858 als Auskultator in den Staatsdienst und wurde 1860 Regierungs-Rath. Im Jahre 1867 wurde er mit der kommissarischen Verwaltung des Landrathamtes des Kreises Bielefeld, Provinz Westfalen, beauftragt und im Jahre 1868 zum Landrath des Kreises ernannt; 1874 wurde er Landrath des hinterpommerschen Kreises Stollp und im Oktober 1885 als Nachfolger des Herrn v. Madat zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt. Herr v. Richthofen starb als Junggeselle. Zwei Brüder, Viktor von Richthofen, Generalmajor a. D., und Eduard von Richthofen, Kommandeur des Grenadier-Regiments Königs Friedrich I. betraueren seinen Heimgang. Frhr. v. Richthofen starb an Lungentumor (Geschwulst), hauptsächlich in der rechten Lunge. In dem amtlichen Nachruf im „Reichsanzeiger“ heißt es von dem Verstorbenen, „seine Pflichttreue und seine Gerechtigkeit hätten ihm die Hochachtung und Verehrung aller Bevölkerungsschichten Berlins sowie der ihm unterstellten Beamten erworben.“ Dagegen schreibt die „Freie Zig.“: Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, von Madat, der in den Straßen Berlins eine bekannte Persönlichkeit gewesen, war Herr v. Richthofen keineswegs populär. Er war eine zurückhaltende Persönlichkeit, der sich gern an direkte Beistellungen von oben hielt. Von seinem Amtsantritt datirt die in Berlin wenig freudig aufgenommene Aera der Straßenabsperzung. Es sei hier nur erinnert an die Vorgänge, die sich in Folge der Anordnungen der Polizei bei der Ausstellung der Reichs-Rathgeber Wilhelm I. am Berliner Dom abspielten. Damals hieß es allgemein, daß der Polizeipräsident selbst die Absperzungsmaßregeln angeordnet habe. Es hieß damals, wie auch später noch manchmal, daß die Stellung des Frhr. v. Richthofen erschüttert sei, doch behauptete er sich immer wieder im Amte. Die Beschwerden, die aus Anlaß der Vorgänge nach der Arbeitslosenversammlung in Friedrichshagen am 18. Januar 1894 in der Presse gegen die Polizei erhoben wurden, führten bekanntlich zu dem „Gummischlauchprozeß“ und zu der Verurtheilung einer Anzahl Redakteure zu harten Gefängnisstrafen. Als vor

einigen Jahren der wüste Unfug mit den Anpreisungen antisemitischer Kabaubroschüren von Althardt und Konjorten auf der Friedrichstraße in Blüthe stand, ließ die Polizei die größte Milde walten gegen die Vererber des Unfugs. Aus letzter Zeit endlich sei noch an das Einschreiten des Berliner Polizeipräsidiums auf Veranlassung des Ministers von Köller gegen die freien Volksbühnen erinnert.

Der Gouverneur der Bank von Frankreich Vizepräsident des Senats Mr. Magnin hatte vor Kurzem dem Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums den Wunsch ausgedrückt, im Interesse der Fortentwicklung des großen von ihm geleiteten Instituts einigen nach Berlin zu sendenden höheren Beamten das Studium der Einrichtungen und des Betriebes der Reichsbank an Ort und Stelle zu gestatten. Nachdem sich der Präsident hierzu gern bereit erklärt hatte, sind der „Berl. Corr.“ zufolge in der vergangenen Woche die Herren des Esjars, Sous-chef au Secrétariat Général de la Banque de France, Chef des national-ökonomisch-statistischen Bureaus derselben, und Tillard, Attaché au Service des Dépôts in Berlin eingetroffen und haben unter Anleitung von Mitgliedern des Reichsbank-Direktoriums und der Vorsteher der verschiedenen Geschäftszweige die gesamten Einrichtungen unserer Reichsbank, namentlich die vom Gouverneur besonders bezeichneten des Giroverkehrs und der offenen Depots (von Werthpapieren) zum Gegenstande eingehenden Studiums gemacht. Nach Erledigung ihrer Aufgabe haben die genannten Herren gestern Berlin wieder verlassen, indem sie ihre vollste Befriedigung über alles Gesehene aussprachen.

L. O. Die Handelskammer in Mannheim hat auf den Vorschlag ihres Vorsitzenden, des Herrn Geh. Rathes Dittens, in der Besorgnis, daß der Kampf gegen die höhere Belastung des Tabaks schon im nächsten Frühjahr wieder beginnen werde, eine ständige Kommission von drei Mitgliedern zur Behandlung der Tabaksteuerfrage gewählt.

* Erfurt, 4. Juni. Der VI. Evangelisch-Soziale Kongreß trat heute hier zusammen. Unter den Anwesenden bemerkte man die Abgeordneten Hüpeden, Jakobstötter, den Vorsitzenden des Central-Ausschusses für innere Mission Ober-Konf. Rath Weiß, die Professoren Rastan, Harnack, Lommach, Professor Dr. Ab. Wagner, Freiherr von Soden, Hofprediger a. D. Stöcker u. A. Hofprediger a. D. Stöcker hielt eine Ansprache, worin er u. A. sagte: Wir fühlen uns auf klassischem Boden. Von hier ist Luther ausgegangen. Auch in politischer Beziehung hat Erfurt seine Vergangenheit. Hier spielten Schaulpieler vor dem Paterre von Königen. Sie spielten gut. Aber Napoleon spielte besser. (Heiterkeit.) Dann war Bismarck hier. Später tagte ein sozialdemokratischer Parteitag hier, da wurde das Programm revidirt und die Alten ließen dabei die Jungen so nach sozialdemokratischer Manier hinausfliegen. Nun erwartet Mancher: wir möchten mit den „Jungen“ hier nun auch etwas abrechnen! (Stürmische Heiterkeit.) Das wollen wir auch thun, aber in aller Freundschaft! (Bravo.) Denn man sagt: wer die Jugend hat, der hat die Zukunft und die wollen wir uns doch nicht entgehen lassen. Wir haben ja diesmal einen besonders großen Schritt vor und vielleicht wird der in der sozialen Bewegung Deutschlands mit mehr Bedeutung genannt werden, als der sozialdemokratische Kongreß. Zum ersten Male wird hier in Deutschland (übermorgen) eine Frau in öffentlicher Versammlung in unseren Kreisen sprechen. Freilich mancher schüttelt den Kopf darüber und sagt: „Wenn ich diese Wunder sehen will, so steht mein Selbst vor Erfurt still.“ (Große Heiterkeit.) Aber ich hoffe wir werden übermorgen einen schönen Tag erleben. Es schmerzt uns, daß das Weltsekt steht von der evangelisch-sozialen Bewegung. Wir wollen es wieder hineinschieben. Was ist christlich-sozial? Es ist der Gedanke, daß die Lebenskräfte des Evangeliums die soziale Welt durchdringen. Auch das arbeitende Volk hat eine Sehnsucht nach den Idealen. Entweder wird es wieder christlich, oder es geht zu Grunde.

Warrer Raumann (Frankfurt a. M.) führte u. A. aus: Mancher ist mit dem Gedanken nach Erfurt gekommen, es würde hier viel Späßen geben; aber nachdem wir Stöcker gehört haben, sind diese Befürchtungen geschwunden. Wir wollen dienen und helfen: dankbar gegen Gott, dankbar gegen das Vaterland, dankbar gegen die Männer, von denen wir viel gelernt haben. (Stürmischer Beifall, der sich wiederholt.)

Prof. Adolf Wagner = Berlin: Wiederholt ist heute hervorgehoben, daß der Charakter des Kongresses darin besteht, verschiedene Richtungen gelten zu lassen. In mir leben die den Konserwatismus des Alters. Wir Alten freuen uns aber doch der neuen Ideen und Vorschläge. Und wenn zuweilen auch etwas Ueberflüssiges dabei kommt, so darf das Niemanden irre machen. Die Befürworter haben sich selber unserer Bewegung fern gehalten. Die akademische Jugend ist ganz auf unserer Seite. Es ist sehr bedauerlich, daß man die evangelisch-soziale Bewegung nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern mit den Anarchisten zusammengefaßt hat. Gerade die Großindustriellen sollten uns verstehen. Sie sollten vor Allem wissen, daß die soziale Gefahr nur durch tiefgreifende soziale Reformen beseitigt werden kann. Den besser unterrichteten arbeitenden Klassen muß man ein besseres Loos gewähren, als den ununterrichteten... Etwas nach 11 Uhr schloß die Versammlung.

Heute begannen die Verhandlungen des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Lic. Weber (M.-Glabach) erstattete in seiner Eigenschaft als Schriftführer des Gesamtverbandes den Geschäftsbericht und sagte am Schluß: Wenn die Regierung an Stelle des Systems Verlehrs das System Stumm setzen wollte, wir haben auf sozialem Gebiete genug gethan, dann würde sie sich im Herzen ihrer getreuesten Anhänger eine Stellung verschaffen, um die er, Redner, dieselbe nicht beneiden könnte. (Großer Beifall.) Es folgten hierauf Ansprachen der Delegirten verwandter Körperschaften. Der Schatzmeister, Werkführer Küter, erstattete den Bericht über die

Einnahmen und Ausgaben. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Abänderungs-Anträge zu den Statuten. Gegen den Satz: Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie hob Pastor Raumann hervor, daß von anderer Seite dann wohl beantragt werden könnte, hinein zu fassen: „Kampf gegen die Irrlehren des Rassenstumpfs, des Freidenkerthums, der Katholiken u. s. w.“ Nach weiteren Vorschlägen und Debatten wurde bei der Abstimmung nach Verbänden einstimmig beschlossen, den Satz: „Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie“ stehen zu lassen und gemäß einem Antrag Walther hinzuzufügen: „ebenso gegen alle arbeitserfindlichen Bestrebungen.“ Sodann wurden die weiteren Paragraphen der Statuten vorgetragen eingehend durchberathen und diese mit einigen unwesentlichen Abänderungen im Ganzen angenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf folgenden Antrag von Pastor Dr. Lorenz. Der Gesamtverband rüth den evangelischen Arbeitervereinen an denjenigen Orten, wo Hirsch-Dundersche Gewerbevereine bestehen, an, sich mit denselben in Anbetracht des gemeinsamen Standpunktes gegenüber der Sozialdemokratie in ein freundschaftliches Vernehmen zu setzen, bei den Gewerbevereinswahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen, und wo nicht eigene Sektionsvereine vertreten sind, zur Gründung von Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen hilfreiche Hand zu bieten. Der Antrag wurde dem Ausschuß zur Erwägung übergeben, der von den einzelnen Vereinen Neuerungen einfordern soll.

Oesterreich-Ungarn.

W. B. Wien, 6. Juni. In der ersten Sitzung der österreichischen Delegation wurden Fürst Ferdinand Boskowitz zum Präsidenten und Graf Zaleski zum Vizepräsidenten gewählt. Fürst Boskowitz hielt eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß die Sorge für die Erhaltung und Kräftigung der Verfassung der Monarchie stets zu den patriotischen Traditionen der Delegationen gehört hat. Man habe hierbei anerkannt, daß die Heeresverwaltung selbst das Bedenkliche allzu großer Anspannung der Steuerkräfte vor Augen gehlen habe und in ihren Mehrausgaben wisse Maß zu halten verstände. Der Präsident widmete hierauf dem Erzherzog Albrecht einen tiefempfundnen warmen Nachruf, erwähnte sodann den im Ministerium des Innern erfolgten Wechsel, widmete der Amtshaltigkeit des Grafen Kalnoky, dem jeder Patriot für die Wahrung des Friedens der Monarchie danken müsse, warme Worte der Anerkennung (Beifall), begrüßte ferner vertrauensvoll den neuen Minister des Aeußeren, Grafen Goluchowski, und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Der Minister des Innern legte hierauf das gemeinsame Budget vor.

Der gemeinsame Voranschlag für die Gesamt-Monarchie pro 1895 zeigt ein gesammtes Bruttoerforderniß von 156291463 fl. Nach Abzug der vorhandenen Bedeckung in Höhe von 2692175 fl. bleibt ein gesammtes Nettoerforderniß von 153599288 fl. Hieron gehen ab die mit 49047140 fl. präliminirten Zollgefalls-Ueberschüsse; es verbleibt ein Erforderniß von 104552148 fl., das durch Quotenbeiträge zu bedeckende Erforderniß beträgt 103461105 fl. Davon entfallen auf die Reichsrathsländer 71722774 fl., auf Ungarn mit den dazu gehörigen Ländern 30738332 fl. Im Vergleich mit dem Budget von 1895 ist der Quotenbeitrag der Reichsrathsländer für 1896 um 1860401 fl. größer, jener Ungarns um 797315 fl. Der Heeresvoranschlag weist ein ordentliches Erforderniß von 122215042 fl. auf; nach Abzug der vorhandenen Bedeckung in Höhe von 2469873 fl. verbleibt ein ungedecktes Erforderniß von 119745169 fl. Das außerordentliche Erforderniß beträgt 14389659 fl. Ein Vergleich der ordentlichen Heereserfordernisse für 1896 mit der Bewilligung für 1895 ergibt für 1896 eine Steigerung des Bruttoerfordernisses um 3713576 fl., eine Erhöhung des Nettoerfordernisses um 3699213 fl. Der Voranschlag für die Kriegsmarine beziffert das ordentliche Erforderniß auf 10364060 fl., das außerordentliche Erforderniß auf 3117200 fl., insgesammt sonach auf 13481260 fl., d. h. auf 503000 fl. mehr als für 1895. Das Budget der Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina zeigt auch für 1896 einen Ueberschuß. Dem Erforderniß von 14386296 fl. stehen 14413590 fl. Einnahmen gegenüber. Der Ueberschuß beträgt sonach 45294 fl.

W. B. Wien, 6. Juni. Die ungarische Delegation wählte Aladar Andrássy zum Präsidenten und Koloman Széll zum Vizepräsidenten. Der Präsident widmete dem Erzherzog Albrecht einen warmen Nachruf und gedachte alsdann der Verdienste des zurückgetretenen Ministers des Aeußeren Grafen Kalnoky, dem es gelungen sei, während 14 Jahre der Monarchie die Segnungen des Friedens zu sichern. Im weiteren Verlaufe besprach der Präsident die Frage Ungarns zu den Balkanstaaten und drückte die Hoffnung aus, daß der jetzige Minister des Aeußeren, Graf Goluchowski die bisher daselbst besorgte Politik auch weiterhin erfolgreich geltend machen werde.

Prozeß wegen der Vorgänge im Alexianerkloster „Marienberg“.

Fünfter Verhandlungstag.

Aachen, 5. Juni.

Dem gestrigen Bericht trägt die „Volksztg.“ noch folgendes nach: Der Zeuge, Barbier Wewen, bekundete: Es sei einmal im Alexianerkloster die Frage gestellt worden: Worin besteht der Unterschied zwischen dem Himmel und dem Alexianerkloster. Der Bruder Leonhard bemerkte darauf: In den Himmel ist schwer hinein, aus dem Alexianerkloster ist schwer herauszukommen.

Ueber den heutigen Tag läßt sich genanntes Blatt aus Aachen berichten: Vertbeiliger Rechtsanwalt Dr. Niemeyer: Ich bemerkte, daß Heß gesagt wurde: Der Bischof von Aachen habe den Forbes schon seit vielen Jahren für geisteskrank bezeichnet. Ich beantrage nun, einen Brief des Bischofs zu verlesen, aus dem hervorgeht, daß der Bischof erst im Jahre 1894 den Forbes nach seiner Bestelung als irrsinnig bezeichnet hat. — Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Oter: Ich beantrage, noch erst vier weitere Briefe zu verlesen, die bereits 1890 an das Kloster gelangt

And. In diesen theilt der Bischof von Aberdeen den Alexianerbrüdern mit, daß Forbes ein ganz verkehrter, dem Trunke ergebener Mann sei, der kein Geld halten könne. — Staatsanwalt: Ich schreibe mich dem Antrage des Herrn Vertreters der Nebenkläger an, ich halte diesen Antrag für wichtiger als das Gutachten der medizinischen Sachverständigen. Die Briefe sollen den Beweis liefern, daß die Alexianerbrüder in gutem Glauben gehandelt haben. — Vertb. R.-A. Lenzmann: Ich schreibe mich selbstverständlich dem Antrage meines Herrn Mitverteidigers an. Bezüglich der vom Vertreter der Nebenkläger beantragten Verlesung bemerke ich, daß nicht die Alexianerbrüder, sondern Mella und Genossen auf der Anklagebank sitzen. Im übrigen bezweifle ich die Echtheit der Briefe, es ist zum mindesten erforderlich, daß uns die Echtheit der Briefe bewiesen wird, ehe sie hier zur Verlesung gelangen. — Staatsanwalt: Der Herr Vertbeidiger befindet sich in einem großen Irrthum. In der Mella'schen Broschüre wird behauptet: Die Alexianerbrüder haben den Forbes, obwohl sie wußten, daß dieser geistig gesund war, aus niederen Gründen 39 Monate gefangen gehalten. Die Briefe, deren Verlesung Herr Rechtsanwält Olier beantragt hat, sollen das Gegenheil beweisen. — Vertbeidiger Rechtsanwalt Olier: Ich berufe mich bezüglich der Echtheit der Briefe auf das Zeugnis des General-Obersten Bant. Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof: Die Briefe, deren Echtheit von keiner Seite bezweifelt wird, durch den Dolmetscher verlesen zu lassen. Zur Feststellung der Echtheit der anderen, deren Verlesung der Vertreter der Nebenkläger beantragt hat, hat der Gerichtshof beschlossen, den General-Obersten Bant zu laden, um durch diesen zunächst die Echtheit der Briefe feststellen zu lassen. Der Gerichtshof behält sich wegen der Verlesung dieser Briefe einen weiteren Beschluß vor. Dem Dolmetscher, Oberlehrer G a e l l e n, wird vom Präsidenten aufgegeben, die zwei ersten Briefe zu überlegen. Der Dolmetscher zieht sich zu diesem Zwecke in das Beratungszimmer der Richter zurück. — Es wird alsdann Bruder P a s c a l i s, mit seinem bürgerlichen Namen Johann Theodor Giffen, vernommen. Dieser bezeugt auf Befragen des Präsidenten: Er sei eines Tages vom Bruder Jrenäus aufgefordert worden, einen Kranken, Namens Vorchelt (Kaufmann Vorchelt aus Othpreußen), der sehr krank war, "füttern zu helfen". Er sei dieser Aufforderung nachgekommen. Am Nachmittage sei der Mann todt gewesen. — Vertb. R.-A. Lenzmann: War der K r a n k e bei Vernunft? — Zeuge: Nein, der Mann war tobsüchtig.

Es soll nun Bruder T h o m a s vernommen werden. Der Gerichtshofner Rathe melbet nach geschwiegenem Auftruf, daß Bruder Thomas nicht erschienen sei. Es werde auf dem Korridor gelagt, daß Bruder Thomas nicht richtig geladen sei. — R.-A. Olier: Ich habe den Bruder Thomas geladen. — Vertbeidiger R.-A. Lenzmann: Die Vertbeidigung kann auf den Bruder Thomas auf keinen Fall verzichten. Bruder Thomas ist nämlich derjenige, der den verstorbenen Vorchelt am Abend vor seinem Tode mit dem Schlüsselbunde auf den Kopf geschlagen hat. Ich beantrage daher, daß Bruder Thomas gerichtlich geladen wird. — Staatsanwalt: Wenn Bruder Thomas bis heute Nachmittags 4 Uhr nicht erschienen ist, so werde ich ihn sofort laden. — Präsi.: Bruder Jrenäus, was waren Sie früher? — Bruder Jrenäus: Fabrikarbeiter. — Präsi.: Wie lange sind Sie schon Klosterbruder? — Zeuge: Seit 7 Jahren.

Es wird alsdann Bruder K a s p a r K l e i n s c h m i d t aus Aachen als Zeuge vernommen. Dieser bezeugt: Er sei eines Tages auf Veranlassung seiner Frau, die ihn gern besuchte, geschickt worden, von der Polizei nach Mariaberg gebracht worden. Geseht habe ihm gar nichts, er sei damals ebenso gesund gewesen, als heute. Er sei zwei Monate in Mariaberg festgehalten worden. Als er Sanitätsrath Dr. Capellmann bat, ihn herauszulassen, habe dieser ihm geantwortet: Hier ist kein Gefängnis, sondern eine Irrenanstalt, da kommen Sie nicht ohne Weiteres heraus. Er habe einmal eine Brügge zwischen zwei Kranken gesehen, 14 Tage später habe er den einen dieser Kranken, der in Folge der Brügge seine Verlesung davongetragen hatte, mit furchtbar verletztem Gesicht gesehen. Wer dem Kranken diese Verlesung beigebracht, wisse er nicht. — Sanitätsrath Dr. Capellmann: Soweit mir erinnerlich, litt der betreffende verletzte Kranke an Fallsucht; derartige Geute bringen sich häufig selbst Verletzungen bei. — Vertb. R.-A. Lenzmann: Ich frage Herrn Sanitätsrath Dr. Capellmann,

ob es wahr ist, daß er dem Zeugen, auf seine Bitte, ihn freizulassen, geantwortet hat: Es ist hier kein Gefängnis, sondern eine Irrenanstalt, da können Sie nicht so ohne Weiteres heraus? — Dr. Capellmann: Das kann ich selbstverständlich nicht gesagt haben. — Vertb. R.-A. Lenzmann: Herr Sanitätsrath, was gab Ihnen Veranlassung, den Zeugen in die Irrenanstalt aufzunehmen? — Dr. Capellmann: Der Mann litt an Verfolgungswahnsinn. — Vertb.: Woraus entnehmen Sie das? — Dr. Capellmann: Aus den Mittheilungen seiner Frau. — Vertb.: Die Angaben seiner Frau genügen Ihnen, um den Mann in Ihrer Irrenanstalt zu interniren? — Dr. Capellmann: Ich hatte auch ein Attest des Kreisphysikus Dr. Baum. — Vertb.: Ich bemerke Ihnen, daß Dr. Baum, dessen Amtseigenschaft auf dem Attest nicht ausgedrückt ist — es ist bloß mit „Dr. Baum“ unterzeichnet — in dem Attest bemerkt: Er könne die Geisteskrankheit noch nicht feststellen. Haben Sie nun, wie es gefesselt vorgedrieben ist, von Herrn Dr. Baum wenigstens nachträglich ein motivirtes Zeugnis verlangt? — Dr. Capellmann: Nein. — Vertb.: Haben Sie sich ferner um das Schicksal des Mannes gekümmert? — Zeuge: Nein. — Vertb.: Also die Angaben der Frau des Mannes genügen Ihnen, um den Mann festzuhalten? — Dr. Capellmann: Die meisten mir vorläufig genügen. — Vertb.: Herr Sanitätsrath, es wird schon seit Jahren in allen Zeitungen darüber Klage geführt, daß Irrenanstalten bequeme Stätten sind, in die böse Frauen ihre ihnen unbeduene Männer mit Leichtgläubigkeit schenken lassen können. Nun hat Ihnen doch der Zeuge gesagt: Seine Entlassung in die Irrenanstalt sei auf Betreiben seiner Frau von dem hiesigen Polizeikommissar Zimmermann angeordnet worden, er (der Zeuge) hege den Verdacht, daß der Polizeikommissar mit seiner Frau ein unerlaubtes Verhältnis unterhalte. Hat Ihnen diese Angabe des Mannes nicht Veranlassung gegeben, eine Untersuchung über die Wahrheit dieser Angaben anzustellen? — Dr. Capellmann: Nein, wie konnte ich das auch feststellen? (Bewegung im Zuschauerraum.)

Der Präsident verliest eine vom Jahre 1888 datirte, von den Ministern des Innern, der Justiz und der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erlassene Verfügung, wonach in Irrenanstalten Geisteskranken nur aufgenommen werden dürfen, wenn ein eingehend motivirtes Attest über die Art der Geisteskrankheit v. v. liegt. Medizinalrath Dr. G e r l a c h, Vorsteher der Provinzial-Bundes-Irrenanstalt zu Münster i. W., und Sanitätsrath Dr. K i p p i n g, Vorsteher der Irrenanstalt zu Düren, bemerken auf Befragen des Vertbeidigers Rechtsanwalt Lenzmann, daß sie auf Grund des vorliegenden Zeugnisses des Dr. Baum den Mann nicht aufgenommen hätten. Zum Mindesten hätte die Mittheilung des Mannes über den Grund seiner Einbringung dem Anstaltsarzt Veranlassung geben müssen, nähere Nachforschungen anzustellen.

Es wird hierauf der Geschäftsreisende Joseph Junior in den Saal gerufen. Dieser war früher Aufseher in Mariaberg. Er bezeugt: Er habe gesehen, wie Bruder Heinrich einen Kranken mit einem Schlüsselbund in bestiger Weise in die Seite und mit einem Schuß auf den Kopf geschlagen. Er habe ferner einmal gesehen, wie Bruder G e r t e l einen Kranken furchtbar geohrfeigt und mit dem Fuß zur Erde gestoßen habe. Bruder Gregor und Bruder Heinrich haben einmal einen Kranken beim Waschen, um letzteren zum Festzuhalten, eiskaltes Wasser in den Nacken gegossen. Bruder Cajus habe einmal in der schmutzigen Station einen Kranken von hinten mit aller Gewalt zu Boden gestoßen. — Bruder O v e r b e d bezeugt: Dieser Zeuge sei aus Mariaberg entlassen worden, weil er verdächtig war, sich über die von den Brüdern bezogenen Mißhandlungen zu beschweren, der Zeuge habe aber selbst einmal einen Kranken gestochen. — Zeuge Junior: Das ist nicht wahr. — Präsident: Herr Rektor Overbed, ich kann es begreifen, daß ihnen die Beschwerden des Zeugen unbeduene waren, wir haben gestern so manche Ungehörigkeiten gehört, die bei Ihnen vorgekommen sind. — Zeuge schweigt. — Vertbeidiger Rechtsanwalt Lenzmann: Zeuge Junior, Sie sind fünf Jahre Wärter in Düren gewesen, wollen Sie über den Unterschied zwischen beiden Anstalten berichten? — Zeuge: Der Unterschied zwischen Düren und Mariaberg ist wie Tag und Nacht.

Es werden alsdann die Zwangsjade, ein Fugriemen, ein

Sandriemen, ein paar leberne Zwangshandschuhe und eine dicke, kurze eiserne Kette, die an zwei eisernen Armeisen befestigt ist, vorgelegt. Auf Befehl des Präsidenten zieht Bruder Provinzial Welter dem Bruder Overbed die Zwangsjade an. Auf Befragen des Vertbeidigers Rechtsanwalt Lenzmann bemerkt der Zeuge M e l l e s s e n: Die Zwangsjade sei den Kranken in viel festerer Weise angelegt worden.

Prof. Dr. F i n k e l n b u r g konstatirt, daß eine Niederschrift über die ärztliche Untersuchung des Forbes weder in dem über ihn geführten Krankheits-Journal, noch sonstwie existirt. Der Zeuge Junior befindet im Weiteren: In Mariaberg seien zwei Kranke, Namens Schwalbach (Vater und Sohn) gewesen. Schwalbach (Vater) sei von Brüdern vielfach mißhandelt worden, jedoch er einen Verlesung davongetragen habe. — Auf Befragen des Angeklagten Mella bezeugt der Zeuge noch: der alte Schwalbach habe ihm einmal einige Zähne gezeigt, die ihm von Brüdern ausgezogen wurden.

Auf Antrag des Staatsanwalts wird nun der Wärter K r i n g s vernommen. Dieser war früher Müller. Er sei von 1886 bis 1891 und wiederum von 1893 ab Wärter in Mariaberg gewesen und belege diese Stellung noch jetzt. Er könne bezeugen, daß Schwalbach bereits mit einem Verlesung in die Anstalt gekommen. Er (Zeuge) habe Mißhandlungen nie wahrgenommen. — Präsi.: Sie haben nicht nötig, sich selbst zu belasten. Wenn Sie also der Meinung sind, Sie könnten sich durch Beantwortung einer Frage einer strafrechtlichen Verfolgung schuldig machen, so können Sie sagen, Sie verweigern die Antwort. Wenn Sie aber antworten, dann müssen Sie bei der Wahrheit bleiben. Nun frage ich Sie, haben Sie einen Kranken einmal mißhandelt? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Haben Sie einen Kranken einmal gebucht? — Zeuge: Nein, ich kenne eine solche Einrichtung in Mariaberg nicht. — Präsi.: Haben Sie einem Kranken Namens K ö b e r einmal ein Bein gestellt, so daß der Kranke zur Erde gefallen ist? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Sie wissen aber, daß der Kranke K ö b e r in Folge des Falles am folgenden Tage gestorben ist? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Hat eine Leichenbesichtigung des K ö b e r stattgefunden? — Dr. C h a n t r a i n e: Dazu datte ich keine Veranlassung. — Präsi.: Ich frage Sie ja bloß, Herr Doktor, beantworteten Sie doch bloß meine Frage. Wissen Sie, woran der Mann gestorben ist? — Dr. C h a n t r a i n e: Der Mann starb an Lungenentzündung, eine Obduktion war deshalb nicht notwendig. — Präsi.: Ich habe nicht von Obduktion, sondern nur von Leichenbesichtigung gesprochen.

Der Angekl. Mella bemerkt nunmehr auf eine Aussage des Zeugen Hildebrandt: Er habe den Forbes in seiner Irrenanstalt geradezu auf die Probe gestellt, aber in keiner Weise finden können, daß Forbes ein Irre sei. Um so mehr habe er sich gewundert, als er hörte, daß Forbes sich mehrfach bei Hildebrandt Schnaps gekauft habe, zumal er solchen bei ihm sich unentgeltlich hätte nehmen können. Im Weiteren mußte er (Mella) bemerken, daß er nicht gesagt habe: er sei gleich am Tage nach der Verlesung des Forbes von dem katholischen Verein in Iserlohn hohpottirt worden. Es sei dies erst geschehen, nachdem der Artikel über die Angelegenheit Forbes in der Presse erschienen sei.

Es werden alsdann die oben erwähnten Briefe des geistlichen Behörden von Aberdeen an den General-Obersten Bant verlesen und alsdann gegen 1 Uhr Mittags eine längere Pause gemacht. Im Verlaufe der Nachmittagsitzung wurden die Sachverständigen vernommen. Medizinalrath Dr. G e r l a c h - Münster erklärte der „Köln. Stg.“ zufolge als seine Ueberszeugung, daß Forbes geistig gesund ist, auch in der moralisch-ethischen Sphäre, doch hält er den Zustand des Forbes nicht für einen solchen, der geeignet ist, ihn zu interniren. Ueber die Befähigung der Alexianerbrüder, Irren- und Krankenanstalten wie die in Mariaberg zu leiten, spricht sich Dr. Gerlach dahin aus, daß er zu keinem Bedauern hier öffentlich den schweren Vorwurf erheben müsse, daß die ärztliche Leitung hier in der Anstalt vollständig in den Hintergrund getreten sei. Es wäre zu wünschen, daß in dieser Sache bald Wandel geschaffen würde. Ueber die wissenschaftliche Qualifikation der beiden Anstaltsärzte ein Gutachten abzugeben, lehnte Dr. Gerlach ab. Auf einem von den bisherigen Gutachten abweichenden Standpunkt steht Geheimrath F i n k e l n b u r g - Bonn.

„Benehmen der Polen“.

So betitelt sich ein Kapitel eines demnächst in der „Deutschen Verlagsanstalt“ erscheinenden Werkes „Erinnerungen aus dem Leben von H. B. v. Unruh“ von dem bekannten Bismarckbiographen Heinrich von Poschinger. H. B. v. Unruh war bekanntlich ein hervorragender Parlamentarier und 1848 Präsident der preussischen Nationalversammlung. Auf jene Zeit bezieht sich das erwähnte Kapitel, das uns auf Veranlassung des Herausgebers freundlichst im Auszuge hienach zugeht und gewiß gern gelesen werden wird:

„Erwähnen will ich noch des Benehmens der polnischen Mitglieder der Nationalversammlung aus der Provinz Polen. Dieselben hielten zwar ihre besonderen Zusammenkünfte, hatten sich aber der Fraktion der Linken angeschlossen und wurden zu den Demokraten gezählt, mit denen sie stimmten. Es befanden sich sehr liebenswürdige Männer darunter, auch einige reiche Grafen und ein nachheriger Kammerherr, die sich als Demokraten sehr eigenthümlich ausnahmen. Als ich eines Abends den Grafen N. N. besuchte, trat ein Mann in polnischem Rock ein, der ihm eine Menge Briefe in verschiedenen Sprachen zur Unterschrift vorlegte. N. N. ertheilte ihm in ziemlich barschem Tone, wie die Polen ihre Diener anzureden pflegen, einige Weisungen. Der Mann stand in ehrerbietiger Stellung und fragte augenscheinlich, ob der Herr Graf noch etwas zu befehlen habe, und auf ein kurzes „Nein“ verbeugte sich der Mann sehr tief und machte die Geberde des panom do nug (Rücken des Rockzipfels). Ich weiß nicht, ob ich das Wort richtig schreibe, es bedeutet das fußfällige Rücken des Gewandes. Auf meine Frage, wer der Mann sei, antwortete N. N.: „Mein Sekretär.“ Ich ersuhr auch, daß derselbe studirt habe und in mehreren Sprachen korrespondire. Ich lachte laut auf und sagte: „Ihr Polen seid doch eine eigenthümliche Sorte von Demokraten. So behandelt man bei uns nicht seinen Bedienten, geschweige einen studirten, gebildeten Mann.“ Darauf schien er etwas verlegen und meinte, bei den Polen sei das so gebräuchlich. Dabei war er wirklich ein humaner Mann. Mir fiel bei diesem Vorgange das unzweifelhaft begründete Gerücht ein, daß dieser Graf Chef der damaligen Liga polska war, welche

die Wiederherstellung des alten Königreichs Polen anzustreben begann.

Bei Ausbruch der Krisis im November 1848 hatte der sehr reiche polnische Graf A. mehrfach geäußert, wenn es an Geld fehle, so möchten wir uns an ihn wenden. In der That trat sehr bald Geldmangel ein, da die Regierung nach dem 9. November keine Zahlungen weiter leistete und eine große Anzahl Abgeordneter keine Mittel besaß. Man meldete mir, daß man sich an A. gewendet, derselbe aber nichts hergegeben habe.

Um den mittellosen Abgeordneten wenigstens die Rückreise möglich zu machen, legte ich einige Tausend Thaler, etwa ein Drittel meines eigenen kleinen Vermögens, in die Hände von Kirchmann, der damit sehr sparsam umgegangen ist und nur wenige hundert Thaler an solche Abgeordnete verausgabt hat, die sich anders nicht helfen konnten.

Im Laufe des Jahres 1849 kam Graf A. mit seinem Bruder nach Magdeburg und brachte mit mir und meinen politischen Freunden einen Abend zu. Er erzählte, daß sein Bruder die Kavallerie der Aufständischen bei Miloslaw 1848 kommandirt habe. Beide Brüder schienen noch ganz auf dem Standpunkt der Opposition zu stehen. Es befremdete mich daher sehr, als ich später die Ernennung desselben Grafen A. zu einer Würdenstellung am königlichen Hofe in der Zeitung las. Ich habe ihn im Jahre 1863 bei einem Hofball im Schloß wiedergesehen, wo ich um Auskunft über den Ausgang bat, die er mir höflich ertheilte, ohne unsere Bekanntschaft zu erneuern.

Nach Schluß der Nationalversammlung im Dezember 1848 luden die polnischen Abgeordneten Schulze-Delitzsch, mich und noch ein paar Deutsche zu einem Diner ein. Raum war die Suppe gegessen, als die Polen das Gespräch auf ihre politischen Ansprüche brachten. Wie gewöhnlich gingen sie dabei auf die Glanzzeit Polens nach der Schlacht von Tannenberg unter Jageillo II. zurück und betrachteten alles Land, das sie damals erobert und besessen hatten, als ihnen von Rechts wegen noch jetzt gehörig. Ich vermied es, mich an dem Gespräch zu betheiligen. Dazu aufgefordert, bemerkte ich, daß wir mit der Gegenwart genug zu thun hätten, ermüdet und ermattet seien. Ich wünsche, mich hier in guter Gesell-

schaft zu erfrischen und nicht über politische Ansprüche zu streiten, über die wir doch nicht einig werden würden; meine persönlichen Ansichten würden den Herren gewiß nicht gefallen. Es half mir aber nichts. Einer der Führer zwang mich zur Aussprache, indem er sagte: „Wir wollen aber wissen, wie Sie über Polen denken.“

Ich mußte also mit der Sprache heraus und erklärte kurz, die Theilungen Polens billige Niemand, sie wären aber jetzt historische Thatfachen. Eins stände fest: wenn der liebe Herrgott vom Himmel herniedersteige und Polen in jenen Grenzen des Mittelalters rekonstruirte, in zehn Jahren sei Polen abermals getheilt. Die Polen äußerten laut ihren Unwillen, und man rief: „Unruh, wenn Sie nicht wären unser Präsident, wir würden Sie zum Fenster hinaus!“ — „Würden Sie dadurch an der Sache etwas ändern?“ war meine Antwort. Es kam zu keiner ernstlichen Erörterung, das Essen und Trinken wurde fortgesetzt.

Im Voraus will ich hier gleich anführen, daß die Polen in der zweiten Kammer 1849 sich keiner Fraktion angeschlossen, aber doch mit der Linken oder vielmehr der aus allen liberalen Abgeordneten bestehenden Opposition eine gewisse Verbindung unterhielten. Sehr bald ließen sie sich auf Unterhandlungen mit dem Ministerium ein und waren ohne Zweifel zu einem Separatfrieden geneigt, wenn wesentliche ihrer spezifisch-polnischen Forderungen hätten erfüllt werden können. Zu solchem Zweck wurde wohl die bekannte Demarkationslinie erfunden, die aber auch nicht zum Ziel führte und nicht führen konnte, weil die Polen ihre Stimmen, an denen dem Ministerium gelegen war, gewiß nur zu einem Preise verkaufen wollten, den keine preussische Regierung zahlen konnte. Die Polen kamen durch diese Verbindungen nach den entgegengesetzten Seiten hin bei vielen Abstimmungen in der Kammer offenbar in Verlegenheit. Sie wollten nicht gegen das Ministerium stimmen, um die Separatverhandlungen nicht abbrechen, aber auch nicht gegen die Opposition, deren sie beim Scheitern des Separatvertrags dringend bedurften. Sie halfen sich oft dadurch, daß sie sich geschlossen der Abstimmung enthielten. Dadurch wurden sie unsichere Kunden für beide Seiten und isolirten sich vollständig.“

Vor Eröffnung und nach Schluß der Sitzungen stehen vor dem Justizgebäude Hunderte von Neugierigen, die an den beiden letzten Tagen die als Beugen geladenen Mexikanerbrüder mit höhnischen Zurufen empfangen. Heute Abend mußte Bruder Heinrich, auf den es die Menge immer besonders abgesehen hat, von einem der Schutzmannsposten in Schutz genommen werden. Schülungen warfen sogar nach ihm mit Steinen.

Soziales.

Bozen, 7. Juni.

* Die „Berl. Kor.“ schreibt: Es kommt häufig vor, daß Lehrer, welche zur Vermeidung der Einleitung der Disziplinaruntersuchung ihr Amt freiwillig niedergelegt haben, nachträglich Gesuche um Wiederanstellung damit begründen, daß sie eines Vergehens sich nicht bewußt gewesen seien und auf ihr Amt nur in der bestimmten Erwartung verzichtet hätten, an einem anderen Orte ein neues Amt zu erhalten. In dieser Erwartung sehen sich die Betroffenen dann meist getäuscht, da kein Grund vorliegt, einen Lehrer, welcher durch Verzicht auf sein Amt die ihm zur Last gelegten Vergehen indirekt einräumt, in Aussicht auf anderweitige Wiederanstellung wesentlich anders zu behandeln, als denjenigen, der im Disziplinar-Verfahren seines Amtes entsetzt ist. Der Kultusminister hat daher empfohlen, wo der Fall nicht so liegt, daß bei einem Ortswechsel innerhalb des Regierungsbezirks die anderweitige Anstellung von vornherein von der Regierung in Aussicht genommen wird, einem Lehrer, der durch Amtsniederlegung der Disziplinar-Untersuchung aus dem Wege zu gehen beabsichtigt, auf Anfrage darüber keinen Zweifel zu lassen, wie die Regierung zu einem späteren Antrage auf Wiederanstellung innerhalb ihres Bezirks sich stellen würde. Der Lehrer, welcher zur Vermeidung disziplinarischen Einschreitens sein Amt niederlegt, muß sich der schweren Folgen dieses Schrittes klar bewußt sein.

n. **Erbschöffen.** Der Sohn der Wittve Bartkowske, Ostrower, kroche Nr. 13 wohnhaft, welcher beim Infanterie-Regiment Nr. 52 in Kottbus steht und nach hier beurlaubt war, hat sich heute früh 2½ Uhr am Ufer der Chybia in der Nähe des Forts Radziwille erschossen. Der Urlaub des v. Bartkowski war am 4. Juni abgelaufen, weshalb das Regiment ihn gestern telegraphisch zurückbeordert hatte. Der Mann scheint sich demnach aus Furcht vor der ihn treffenden Strafe getödtet zu haben. Die Leiche wurde in das Garnisonlazareth geschafft.

n. **Durch eigene Schuld** fiel gestern Nachmittag in dem Neubau Hedwigstraße Nr. 24 der Klempnermeister Israelowitsch von einer Kante und verletzte sich ziemlich erheblich am Kopfe.

* **Personalnotiz.** Der bisherige Kreiswundarzt des Kreises Klatow, Dr. Rogowski in Krojante ist zum Kreisphysikus des Kreises Klatow ernannt worden.

Aus der Provinz Posen.

—i. **Gnesen, 6. Juni.** [Grundsteinlegung.] Die feierliche Grundsteinlegung zum Kaiser Friedrich-Denkmal fand heute Nachmittag 5 Uhr statt. Nachdem die Urkunde vorgelesen und die anwesenden Komiteemitglieder ihre Unterschrift vollzogen hatten, wurde dieselbe in eine Messinghülle gefaßt, diese darauf verlobbet und eingemauert, bei welchem alle sämtliche Mitglieder des Komitees die üblichen drei Hammerschläge abgaben, wobei einige der Herren Sprüche her sagten. Der feierlichen Handlung wohnten zahlreiche Bewohner der Stadt bei. Die feierlich ausgeführte Urkunde hat folgenden Wortlaut: „Im November des Jahres 1893 beschloß der Verschönerungs-Verein der Stadt Gnesen unter dem Vorsitz und auf Anregung des Landgerichts-Präsidenten Jaensch ein Standbild des hochseligen, unvergessenen Kaisers Friedrich III. zu errichten. Der Gedanke, dem hochherzigen, edlen Fürsten am heiligen Orte, wo der hohe Herr wiederholt gewohnt, dem er zahlreiche Beweise seiner Allerhöchsten Guld und Theilnahme gewährt, ein bleibendes Denkmal zu setzen, fand innerhalb der Bürgerlichkeit die freudigste Aufnahme. Reich und Arm, Hoch und Niedrig, ohne Unterschied der Konfession und Nationalität vereinigten sich zu der patriotischen That alle in Liebe und Anhänglichkeit an den edlen und weisen Hohenzollernfürsten zu gemeinsamem Thun. Nachdem ein Aufruf erlassen war, begeisterten sich die Herzen von Hunderten unserer Mitbürger, einen Bauverein zu anderen zusammenzutragen zu dem Denkmal, welches noch in künftigen Tagen unseren Nachkommen sagen soll: „Gnesen war dankbar seinem Kaiser Friedrich, in dessen sonneniges Antlitz zu wiederholten Malen zu schauen es das beneidenswerthe Glück gehabt.“ Wenige Monate und der Schwämme, Kaufmann und Stadtverordneter Leopold Glinkewicz, konnte dem Verein die freudige Mittheilung machen, daß das Unternehmen gesichert sei. Schon am 20. März 1894 wurde die Ausführung des Werkes in die bewährten Hände des Bildhauers Leo Mutsch in Düsseldorf gelegt. Zu unserem Bedauern lag sich jedoch der Vorsitzende des Vereins, nachdem er von Sr. Majestät zum 1. Januar d. J. als Landgerichts-Präsident nach Stettin verlegt war, in der letzten Sitzung des verfloßenen Jahres genöthigt, den Vorsitz niederzulegen. In derselben Sitzung konstituirte sich der Verschönerungs-Verein als Festkomitee zur Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal, an dessen Spitze Gymnasial-Direktor Dr. Schröder und Landgerichts-Direktor Gents traten. Die Geschäfte des Vorsitzenden des Vereins übernahm Wundtinspektor Wesnig als Stellvertreter. Am 1. Februar d. J. wurde alsdann der einstimmige Beschluß gefaßt, dem Oberpräsidenten der Provinz Posen, Hrn. Frhrn. v. Willamowitz-Möllenhoff, den Ehrenvorsitz in dem Fest-Komitee anzutragen, und groß war die Freude, als Se. Excellenz denselben annahm. Von Seiten des Fest-Komitees ergingen nun Einladungsschreiben an Se. Majestät den Kaiser, Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich, Se. königl. Hoheit den Prinzen Heinrich, sodann an die Spitzen der Civil- und Militärbehörden der Provinz und die Behörden und die Vereine unserer Stadt. Nachdem die Stadtverwaltung einen geeigneten Platz für das Denkmal zur Verfügung gestellt, ist der 16. Juni als Tag der feierlichen Enthüllung festgesetzt. So möge sich denn hier ein Denkmal erheben, das lautes Zeugniß ablegt von treuem Bürgerthum und warmer Liebe für das Hohenzollernhaus. Das walte Gott!“

Q. **Samter, 6. Juni.** [Großfeuer.] Heute Morgen gegen 3 Uhr brach auf dem Herrn Student gehörenden Rittergute Sarbia bei Putz in diefeitigen Kreise, plötzlich Feuer aus. Außer dem Wohnhause und dem Speicher brannte das ganze Gehöft nieder. Das Vieh konnte glücklicherweise bis auf ein Fohlen gerettet werden. Die vernichteten Gebäude waren unter leichter Bedachung. Ueber die Entstehung des Feuers ist nichts bekannt.

O. **Urgenau, 6. Juni.** [Einbruch.] Heute Nacht wurde bei dem hiesigen Uhrmacher Meyer ein äußerst dreister Einbruch verübt. Die Diebe durchdrangen, gedeckt durch einen im Bau begriffenen Anbau, die Stiebelwand des Hauses, gelangten so in den Laden und raubten aus demselben Uhren-, Gold- und Silbersachen im Werthe von 500 M. Wesentlich erleichtert wurde den Dieben ihre Arbeit durch den Umstand, daß M. mit seiner Familie

im oberen Stockwerke schläft. Bis jetzt sind die Thäter noch nicht ermittelt.

W. **Meeritz, 6. Juni.** [Altes Postgebäude verkauft.] Vertrauensmann.] In der heute stattgefundenen öffentlichen Versteigerung des alten Postgebäudes erstand dasselbe der hiesige Tuchmachermeister Heinrich Knothe für das Meistgebot von 25 350 M. — An Stelle des verstorbenen Gutsbesizers Giltert-Solben ist der Rittergutsbesitzer Ragmann-Schierzig zum Vertrauensmann der Posener landwirthschaftlichen Berufsvereinschaft für den 12. Bezirk des Kreises bestellt worden.

* **Notizenbozwo, 5. Juni.** [Ein 18jähriges Mädchen verbrannt.] Ein großes Feuer wüthete vergangene Nacht in hiesiger Ortschaft. Es brannte das Gehöft des Besitzers Buchholz und das Schulhaus total nieder, wobei dem „Kui. Boten“ zufolge die Schwester des Lehrers Krause verbrannte. Fräulein Martha Krause, 18 Jahre alt, hatte sich bereits, fast unbekleidet, gerettet, lief aber noch einmal zurück, um ihre Sachen zu holen. Erst als das Feuer vorüber war, wurde die Leiche gänzlich verlobt vor dem Hause, unter dem Dach gefallenen Stroh gefunden. Fräulein K. wollte sich wahrscheinlich aus dem Hause entfernen und ist hierbei von dem brennenden Strohbauch verschüttet worden. Alles Mobiliar ist verbrannt, ebenso 4 Schafe, 4 Kälber, 1 Hund. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Brandstiftung entstanden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* **Wienitz, 6. Juni.** [Heuschrecken in Schlesien.] Dem hiesigen Tageblatt zufolge luchen Heuschreckenschwärme unsere Provinz heim. Nach Millionen zählende Schwärme sind in der Gegend von Sprottau und Sandeshut beobachtet worden.

Telegraphische Nachrichten.

Cronberg, 6. Juni. Die Kaiserin Friedrich hat sich heute Vormittag nach Wiesbaden zum Besuch des Königs von Dänemark begeben.

Weimar, 5. Juni. Die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit wurden heute Vormittag durch den Abgeordneten von Schenckendorff eröffnet; Abends fand eine zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung statt. Derselben wohnte der Vertreter der großherzogl. Regierung, Staatsrath von Boyberg, bei. Oberbürgermeister Pabst begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt. Direktor Dr. Beyer sprach über den Stand und die Ausbreitung des Handfertigkeits-Unterrichts in Deutschland. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. Die mit der Versammlung verbundene Ausstellung ist zahlreich besucht. Am Nachmittag erschien der Großherzog, besichtigte die Ausstellung in eingehendster Weise und sprach sich sehr anerkennend über die Schülerarbeiten und die Bestrebungen des Vereins aus.

München, 6. Juni. Der älteste Sohn des Prinzregenten Luitpold von Bayern, Prinz Ludwig, wird den Prinzregenten auf der Reise zu den Eröffnungsfeierlichkeiten des Nord-Ostsee-Kanals begleiten.

München, 6. Juni. Das „Militärblatt“ meldet: Der Präsident des Generalauditorats Generalleutnant Graf Türrheim ist zur Disposition gestellt, zu seinem Nachfolger ist der Kommandant von Ingolstadt Generalmajor Jules Chelphin ernannt. Oberst Haag vom 9. Infanterieregiment ist zum Generalmajor und Kommandant von Ingolstadt ernannt. Der Generalstabsarzt Vogbe ist unter Verleihung des Michaelsordens I. Klasse zur Disposition gestellt. Sein Nachfolger ist der Generalarzt des Kriegsausschusses v. Goll.

Wien, 6. Juni. Nach einer hier aus Paris eingegangenen Meldung ist der Senatspräsident Chalemeil-Lacour bedenklich erkrankt. Im Senat hält man schon Umschau nach einem Nachfolger, als welcher Floquet die meisten Chancen hat.

Graz, 6. Juni. Ein hier durch Anschlag bekannt gemachtes Handschreiben des Kaisers an den Statthalter spricht der Bevölkerung für den so warmen Empfang und die vielen herzlichen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, welche dem Kaiser während seines Aufenthaltes entgegengebracht wurden, den innigsten Dank aus.

Budapest, 6. Juni. Die Polizei verhaftete den hier etablirten Beschäftigten- und Börsenkomptoir-Inhaber Emanuel Rank wegen Unterschlagung von Depots in beträchtlicher Höhe.

Rom, 6. Juni. Der Zustand des Deputirten Ferrari hat sich derart verschlimmert, daß eine Katastrophe stündlich zu erwarten ist.

Florenz, 6. Juni. Sämmtliche aus den umgebenden Ortschaften hier eintreffenden Nachrichten bestätigen, daß das Erdbeben keinen Schaden angerichtet hat. Nach Eintreten des Naturereignisses herrschte eine allgemeine Panik, die Bevölkerung verbrachte die Nacht im Freien; allmählig beginnt dieselbe sich zu beruhigen. Das Wetter ist schlecht, es regnet in Strömen.

Petersburg, 6. Juni. Heute Nachmittag trifft hier der Katholikos von Armenien ein. Wie die „Nowosti“ hören, ist der Zweck seiner Reise, um dem Kaiser den üblichen Glückwunsch zur Thronbesteigung zu überbringen.

Petersburg, 6. Juni. Ein offizielles Telegramm besagt: Der Kriegsminister General Wagnowski leidet seit einiger Zeit an einem Rheuma der oberen und unteren Extremitäten. Einem Bulletin zufolge ist der rheumatische Prozess seit vorgestern im Zunehmen begriffen.

Paris, 6. Juni. Der Bergarbeiterkongreß nahm mit 870 000 gegen 96 000 Stimmen den gesetzlichen Achtstundentag für die Arbeiter über und unter Tage an. Die Arbeiterpartei wird morgen für die Teilnehmer an dem Kongreß einen Bund veranstalten.

Brest, 6. Juni. Das österreichische Geschwader ist heute von hier nach Kiel abgegangen.

Nimes, 6. Juni. Durch eine Explosion in den Gruben von La Bernarde wurden sechs Arbeiter getödtet und drei schwer verwundet.

Madrid, 6. Juni. Wie verlautet, wird ein Korpskommandant zur Unterstützung des Marshalls Campos nach Cuba entsandt. Die Kreditforderung, welche heute von der Regierung in der Kammer eingebracht wird, beträgt 15 Millionen Pesetas.

Brügge, 6. Juni. Der Domherr Waffelaers ist zum Bischof von Brügge ernannt worden.

London, 6. Juni. Nach einer Meldung des „Reuterischen Bureau“ aus Beyruth besuchte Admiral Seymour mit seinem Stabe den Bali. Zu seinem Geleit hatte der Bali eine Ehrenwache gestellt. Der Bali erwiderte sofort den Besuch an Bord des Flaggschiffes und hatte dort eine herzliche Unterredung mit dem Admiral. Der Gouverneur von Beyruth gab Abends ein Gastmahl zu Ehren des Admirals und seiner Offiziere.

London, 6. Juni. Das „Reuterische Bureau“ meldet

aus Hongkong: In Taipefu auf Formosa, wo der Aufstand ausbrach, herrscht noch vollständige Verwirrung. Der Stadttheil der Eingeborenen steht in Flammen. Ein Pulvermagazin flog in die Luft, wobei 90 Chinesen getödtet wurden.

London, 6. Juni. Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong hat der britische Kreuzer „Rainbow“ Befehl erhalten, nach Formosa in See zu gehen.

London, 6. Juni. Der durch Verleihung des Ordens pour le mérite ausgezeichnete Philosoph Herbert Spencer erklärt in einer veröffentlichten Mittheilung an mehrere Journale, er müsse die Annahme dieser Auszeichnung ablehnen, da eine solche mit den wiederholt von ihm bezüglich der Orden öffentlich ausgesprochenen Ansichten im Widerspruch stehen würde.

London, 6. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen sowie der Prinz und die Prinzessin Ferdinand von Rumänien sind heute hier eingetroffen.

Belgrad, 6. Juni. Vor dem hiesigen Stadtgericht begann heute die Schlussverhandlung über die Ehrenbeleidigungsklage des Fürsten von Montenegro gegen den Autor der Broschüre: „Montenegro am Ende des 19. Jahrhunderts.“

Athen, 6. Juni. Der Finanzminister hat seine Demission gegeben; der Ministerpräsident übernimmt provisorisch das Portefeuille der Finanzen.

Newyork, 6. Juni. Depeschen aus Guayaquil bestätigen die Nachrichten von dortigen Unruhen. Die Stadt ist im Besitz der Equadorianischen Aufständischen. Die Radikalen haben die Provinzen Manabi und Esmeraldas in ihrer Gewalt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Btg.“

Berlin, 7. Juni, Vormittags.

Der Kaiser hat an die Wittve des verstorbenen Ministers von Friedberg folgende Beileidskundgebung gerichtet: Mit Betrübnis habe ich den Tod Ihres Gemahls vernommen. Mit ihm ist ein treuer Freund und Berather meines Herrn Vater aus dem Leben geschieden, dem ich ein dauerndes Andenken für seine Treue und hervorragenden Verdienste bewahren werde.

Als Nachfolger des verstorbenen Polizeipräsidenten v. Richtshofen nennt das „Kl. Journ.“ den Landrath des Teltower Kreises v. Stubbenrauch, der persona grata sei.

Stuttgart, 7. Juni. Von dem gemeldeten Wollenbruch sind am schwersten die Gemeinden Balingen, Frmmern, Laufen und Dürrwangen betroffen worden. Insgesamt sind 40 Personen ertrunken und 30 Häuser theils zerstört, theils beschädigt. Schwer betroffen sind die Gemeinden Thailfingen, Truchtelingen u. Meßstetten, weniger schwer die Gemeinden Lauffingen, Ebingen und Dastmelingen. Abends traf eine Abtheilung Ulmer Pioniere per Sonderzug in Balingen ein. Behufs Beseitigung der Trümmer mußten Nothbrücken gebaut werden. Der Kaiser telegraphirte an den Oberamtmann Föster in Balingen Folgendes: „Tief erschüttert durch die Schreckenskunde ersuche ich Sie, den so furchtbar heimgefallenen Gemeinden Meine innigste Theilnahme kundzugeben mit der Versicherung, daß, was menschliche Hilfe vermag, von staatlicher Seite wie von Mir gern und schnelligst geschehen soll. Gott bewahre den Bezirk vor weiterem Unglück und stehe den Schwerbetroffenen bei. Ich lege Ihnen weiteren Nachrichten auch über die besondere Nothlage entgegen. Wilhelm.“

Wien, 7. Juni. Als Protest gegen das Gemeindevwahlrecht fordert die „Arbeiter-Btg.“ auf, einer am Sonntag im Prater stattfindenden Massenversammlung beizuwohnen.

Budapest, 7. Juni. Große Sensation erregt hier der Beschluß der Offizierversammlung des 81. Honved-Regiments in der Angelegenheit Szemecz, eines Honvedleutnants und Redakteurs des „Magyar allam“, welcher wegen Majestätsbeleidigung in einem Artikel über die Etwilische zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Im ehrenrührigen Verfahren gegen ihn wurde erklärt, daß die Verurtheilung die Stellung des Offiziers nicht berühre.

Rom, 7. Juni. Ein Artikel des „Falle“ wird überall lebhaft besprochen, in dem Crispi erklärt, daß er jederzeit bereit wäre, eine Interpellation in der Kammer wegen der beabsichtigten Ordensverleihung an Horz zu beantworten.

Petersburg, 7. Juni. Ueber den Sektionschef des Polizei-Departements, Staatsrath Verge, welcher seit einiger Zeit verstorben ist, wird mitgetheilt, daß derselbe als geachteter und solider, aber excentrischer Mann bekannt gewesen ist. Eine Grundlage für die Annahme eines Unglücksfalles sei nicht vorhanden. Aller Wahrscheinlichkeit nach sei Staatsrath Verge, ohne jemanden davon zu verständigen, abgereist; eine andere Erklärung sei nicht vorhanden.

Paris, 7. Juni. Präsident Faure ist heute Nachts hier wieder eingetroffen.

Paris, 7. Juni. Bei der gestrigen Anwesenheit des Präsidenten Faure in Mairaut ereignete sich ein Zwischenfall, indem die Minister verlangten, daß dem Besuch des Präsidenten in den Militärinstituten weder Journalisten noch Parlamentarismitglieder beizuwohnen; darauf unterließ der Präsident den Besuch.

Madrid, 7. Juni. Die Königin unterzeichnete heute einen Gesetz-Entwurf, durch welchen die Ermächtigung der Kammer zu einer Kreditaufnahme durch Ausgabe von Hypothekenbriefen auf Cuba verlangt wird. — Der Kriegsminister schickte 10 Bataillone nach Cuba ab und bereitet die Entsendung von 10 weiteren Bataillonen vor. Marshall Martinez Campos ist nach Havanna zurückgekehrt. (Diese plötzlichen großen Truppensendungen beweisen deutlich, daß die von Madrid in die Welt gesandten Siegesnachrichten völlig erlogen waren. — Red.)

London, 7. Juni. Der Gefängnisdirektor erklärt die Meldung, daß Wilde im Gefängnis wahnsinnig geworden sei, für erfunden.

